

Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, AL/GPB-DA/PdA (Lea Bill/Ursina Anderegg, GB/Eva Krattiger, JA!/Lena Sorg, SP/Christa Ammann, AL): Polizeieinsatz beim Staatsbesuch – Verhältnismässigkeit und Interessenabwägung fragwürdig

Bereits im Vorfeld des Staatsbesuches des chinesischen Präsidenten war klar, dass die Sicherheitsvorkehrungen massiv sein werden und dass Demonstrationen gegen China nur marginal geduldet werden. Dies zeigt auch die Tatsache, dass eine Gegendemonstration lediglich am Sonntagvormittag bewilligt worden war, nicht aber kurz vor oder gar während des Staatsbesuchs.

Die Bilder aus der Berner Innenstadt am Nachmittag zeigten dann einen massiv unverhältnismässigen Polizeieinsatz und teilweise völlig unnötiges, gewaltsames Vorgehen gegenüber Tibet-DemonstrantInnen. Bereits das Skandieren von Parolen wie „Free Tibet“ war ein Grund für eine Festnahme. Die juristischen Begründungen für die Festnahmen der DemonstrantInnen sind unklar: Laut Polizei handelte es sich nicht um Verhaftungen im rechtlichen Sinne, sondern lediglich um erweiterte Personenkontrollen, also um Festhaltungen. Offensichtlich hatte die Polizei den Auftrag, alle China-KritikerInnen ausser Sicht- und Hörweite vom Staatsbesuch zu halten. Die Pro-China-Kundgebung konnte währenddessen unbehelligt stattfinden. Wer wem den Auftrag erteilte (Bund, Regierungsrat, Gemeinderat) und wer die strategische Verantwortung für den Polizeieinsatz trägt, ist unklar.

Die InterpellantInnen kritisieren den Polizeieinsatz vom 15. Januar 2017 scharf, da er jeglicher Verhältnismässigkeit entbehrt und sich diametral gegen die freie Meinungsäusserung und die Grundrechte in einer Demokratie stellt. Stattdessen schützte er den Staatsbesuch des Präsidenten eines Landes, das genau diese Grundrechte tagtäglich mit Füssen tritt.

Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie wird begründet, dass gegen Tibet-DemonstrantInnen massiv vorgegangen wurde, die Kundgebung von chinesischen DemonstrantInnen jedoch unbehelligt stattfinden konnte?
2. Findet es der Gemeinderat richtig, dass der chinesische Präsident von jeglichen kritischen Stimmen abgeschirmt wurde?
3. Inwiefern hat der Bund die Ausgestaltung des Polizeieinsatzes vorgegeben?
4. Falls der strategische Entscheid für den Polizeieinsatz vom Gemeinderat gefällt wurde, inwiefern war der Gesamtgemeinderat in den strategischen Entscheid involviert?
5. Wie lautet die rechtliche Begründung für die Festhaltungen?
6. Ist es richtig, dass gegenüber einigen DemonstrantInnen die Aussage gemacht wurde, dass es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine Personenkontrolle handelt? Wenn ja, welche rechtliche Grundlage liegt dem damit verbundenen Vorgehen zugrunde (Festnahme in Handschellen, Abführen, mehrstündiges Festhalten)?
7. Wie viele Personen wurden abgeführt und festgehalten? Wurden sie durchsucht und mussten sie sich einer körperlichen Untersuchung unterziehen lassen?
8. Wer trägt die Kosten für den unverhältnismässigen Einsatz der Kantonspolizei Bern und wie hoch sind die Kosten?
9. Ist der Gemeinderat bereit, den Polizeieinsatz untersuchen zu lassen?
10. Welche Lehren können aus dem Polizeieinsatz vom 15. Januar 2017 gezogen werden?
11. Ist geplant, bei künftigen Staatsbesuchen ähnliche polizeiliche und militärische Massnahmen zu ergreifen, oder stellt der massive Einsatz vom 15. Januar 2017 eine Ausnahme dar?

Bern, 26. Januar 2017

Erstunterzeichnende: Lea Bill, Ursina Anderegg, Eva Krattiger, Lena Sorg, Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Luzius Theiler, Katharina Gallizzi, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Seraina Patzen, Michael Sutter, Lukas Meier, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Halua Pinto de Magalhães, Nora Krummen, Marieke Kruit, Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar, Benno Frauchiger, Martin Krebs, Janine Wicki, Brigitte Hilty Haller, Peter Marbet, Patrik Wyss, Manuel C. Widmer, Danielle Cesarov-Zaugg, Regula Bühlmann